

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

## **Protokoll**

72. Sitzung (nicht öffentlich)  
14. September 1994  
Düsseldorf - Haus des Landtags  
10.00 Uhr bis 13.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Champignon (SPD)  
Stenograph: Schrader

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Ausschuß erweitert die Tagesordnung um folgende Punkte:

- a) Zukunftswerkstatt Duisburg (auf Bitten des Ministers),
- b) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes (auf Bitten des Ministers),
- c) Antrag der Fraktion der CDU "Altenkultur fördern: Demographischer Wandel verlangt kulturpolitische Initiativen des Landes" (auf Bitten des federführenden Kulturausschusses).

(Kein Diskussionsprotokoll)

## **1 Zukunftswerkstatt Duisburg**

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales unterrichtet den Ausschuß über den gegenwärtigen Sachstand in der Angelegenheit Zukunftswerkstatt Duisburg.

(Siehe dazu das Diskussionsprotokoll, Seite 1)

## **2 Aktuelle Viertelstunde**

Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.) bittet um einen Bericht zum Thema "Pläne bezüglich der Organisationsstrukturen der Innungskrankenkassen in Nordrhein-Westfalen" und erklärt sich mit einer schriftlichen Berichterstattung einverstanden.

(Kein Diskussionsprotokoll)

## **3 Entwurf einer Verordnung über die Erhebung einer Umlage nach dem Altenpflegegesetz (Umlageverordnung - UmlageVO)**

Vorlage 11/3206

Der Ausschuß nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

(Diskussionsprotokoll Seite 3)

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

**4 Entwurf einer Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in der Altenpflege (APO-Altenpflege)**

Vorlage 11/3223  
Zuschriften 11/3484, 11/3493

Der Ausschuß nimmt den Verordnungsentwurf zur Kenntnis.

(Diskussionsprotokoll Seite 4)

**5 Vorstellungen der Landesregierung zur künftigen Entwicklung der Krankenhauspolitik in Nordrhein-Westfalen**

Der Ausschuß diskutiert über das oben angegebene Thema auf der Grundlage des von Minister Müntefering in der letzten Sitzung zu Protokoll gegebenen Redemanuskripts (siehe Anlage 2 zu APr 11/1300).

(Diskussionsprotokoll Seite 13)

**6 Voraussetzungen für die Umsetzung der Pflegeversicherung in Nordrhein-Westfalen schaffen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7088  
Vorlagen 11/3092, 11/3128, 11/3173

Der Ausschuß lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. ab und benennt Abgeordneten Champignon (SPD) zum Berichterstatter.

(Kein Diskussionsprotokoll)

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

**7 Altenkultur fördern: Demographischer Wandel verlangt kulturpolitische Initiativen des Landes**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/7049

Der Ausschuß kommt überein, zu dem Antrag kein Votum an den federführenden Kulturausschuß abzugeben.

(Kein Diskussionsprotokoll)

**8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/7500  
Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Vorlagen 11/3213, 11/3214

Nach einer Einführung in die den Ausschuß tangierenden Teile des Einzelplans 07 durch den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales tritt der Ausschuß in die allgemeine Aussprache ein. Für die nächste Sitzung sind die Behandlung des Personalhaushalts und der Beginn der Einzelberatungen des Haushalts vorgesehen.

(Diskussionsprotokoll Seite 23)

\* \* \*

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
fi-sto

## **8 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/7500

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Vorlagen 11/3213, 11/3214

### **Minister Müntefering trägt vor:**

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das besondere Problem, das die Landesregierung zunächst einmal aufzunehmen und zu bewältigen hatte, betraf die zusätzlichen Anforderungen, die sich an die Länder und damit auch an die Gemeinden im Bereich Länderfinanzausgleich und Fonds Deutsche Einheit richten. Da geht es um insgesamt 5,3 Milliarden DM, die zusätzlich auf das Land zukommen, die natürlich nicht für Maßnahmen im Land und auch nicht für die notwendige Konsolidierung zur Verfügung stehen. Man kann heute schon sagen, daß es im Jahre 1996 noch einmal etwas dramatischer wird. Ich nenne die Vergleichszahlen: Die Belastung durch den Fonds Deutsche Einheit in Nordrhein-Westfalen liegt 1995 bei 2,17 Milliarden DM, im Jahre 1996 sogar bei 5,7 Milliarden DM. Das heißt, daß wir in ganz erheblicher Weise noch einmal gefordert sein werden.

Die Vereinbarung der Landesregierung war, daß wir die Gesamtentwicklung des Haushaltes, abgesehen von dieser zusätzlichen Belastung, auf 1 % Zuwachs reduzieren. Ich muß in dieser Runde nicht sagen, was das bei den Zuwachsraten, die zum Beispiel im gesetzessvollziehenden Bereich - und ein erheblicher Teil des Haushaltes bewegt sich im gesetzessvollziehenden Teil - mit einem Plus von 2 % zu verzeichnen sind, bedeutet und was sich damit bei unvermeidlichen Veränderungen im Bereich der Löhne und sonstigen Nebenkosten darstellt. 1 % Zuwachs haben wir auch für das MAGS durchgesetzt. Das bedeutet, daß dies ein äußerst sparsamer Haushalt sein mußte und auch geworden ist.

Drei Bereiche in meinem Haushalt sind sehr positiv zu beurteilen:

Erster Bereich: Kindergarten. Ich vertiefe dies begreiflicherweise hier nicht, sondern sage nur, daß wir weitermachen. Dieser Bereich kostet uns viel Geld, denn es geht nicht nur um die Investitionskosten, sondern der größere Kostenblock, der dort entsteht, betrifft die Betriebskosten, die anschließend laufen. Wir werden im nächsten Jahr bei etwa 1,7 Milliarden DM für diesen Bereich ankommen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
fi-sto

Zweiter Bereich: Sozialstationen/ambulanter Bereich - als ein Untertitel zum Bereich Altenpolitik. Dort werden wir weitermachen, obwohl es in vielen anderen Ländern mit Hinweis auf die Pflegeversicherung, die ab 1. April 1995 in Kraft tritt, Rückzug gegeben hat. Wir werden die Sozialstationen und den ambulanten Bereich weiter unterstützen, und wir werden auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstärkt unterstützen. Dazu will ich mit ausführlicher Begründung beginnen.

Wir unterscheiden da ganz grob zwischen den strukturbezogenen und den zielgruppenbezogenen Arbeitsmarktprogrammen. Wir haben zusätzliche EU-Mittel zur Verfügung, und die werden durch das Land komplementiert. Das heißt, daß in diesem Bereich insgesamt zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Dies gilt auch für den Anteil des Landesarbeitsmarktprogramms im Barbereich. Dies bedeutet jedoch nicht, daß die Dispositionsspielräume nun unendlich wären, denn es gibt aus den vergangenen Jahren heraus für bestimmte Bereiche Festlegungen. Wir werden aber zum Beispiel das neue Programm Quatro als Nachfolgeprogramm zu SoTech mit 22,1 Millionen DM 1995 finanzieren können. Das Proregio-Programm steigt auch im Baransatz von etwa 90 Millionen DM auf 113 Millionen DM im nächsten Jahr. Im zielgruppenbezogenen Bereich ist die deutliche Steigerung des Bewilligungsrahmens mit 4,5 Millionen DM bei Werkstätten für Behinderte erwähnenswert.

Ein riesiges Problem, in dem wir stecken und das auch im nächsten Jahr deutlich zunehmen wird, betrifft die Anzahl der Werkstattplätze. Ich nenne Zahlen: Wir müssen von 10 000 Werkstattplätzen, die wir 1983 hatten, sobald wie möglich auf etwa 35 000 kommen. Wir haben derzeit 22 000 bis 23 000, und 4 600 Werkstattplätze sind noch im Stadium der Verwirklichung.

Es wird weitergehen mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe". Wir wissen, daß dies indirekt eine Hilfe für Städte und Gemeinden ist, weil sie dadurch entlastet werden.

Es gibt eine kleine Steigerung im Bereich Berufsrückkehrerinnen von einer halben Million DM auf nun 7,1 Millionen DM.

Im Bereich der Altenpolitik - das wurde eben schon angedeutet - wird es eine Fortführung des Programms "Stärkung der Sozialstationen" geben. Wir haben in den letzten Jahren durchgreifende Erfolge gehabt. Im letzten Jahr waren ein Anstieg der Zahl der Sozialstationen von 500 auf 740 und eine Absenkung des Förderschlüssels auf etwa 1 : 2 500 und eher darunter zu verzeichnen. Auch angesichts der Diskussion, die wir eben zum Krankenhaus hatten, betone ich die Notwendigkeit, an dieser Stelle weiterzumachen und nicht einzuknicken.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
fi-sto

Ich habe entschieden, daß das Engagement des Landes nicht kleiner wird, wenn der häusliche Teil der Pflegeversicherung zum 1. April nächsten Jahres in Kraft tritt. Es wird ab dann so sein, daß Sozialstationen einen Teil ihres Aufwandes aus der Pflegekasse finanziert bekommen. Meine Entscheidung ist, daß wir im Jahre 1995 die Sozialstationen unverändert lassen, weil sie die Zeit des Umbruchs brauchen. Sie werden sich ihre Gelder aus den Pflegekassen holen. Wir werden als Land weiterfinanzieren, nicht mit demselben Tatbestand, aber zur Stärkung der Situation.

Zum Thema neue Kräfte oder auch Qualifikation gehört, daß wir zum Beispiel 3,7 Millionen DM zusätzlich für die Förderung der Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich ausgeben. Wir müssen - ich weiß, daß ich mich wiederhole, aber es ist so wichtig - 1994 erreichen, daß alle - auch in den Kommunen - in die Köpfe bekommen, daß das der entscheidende Punkt ist: Wenn wir das Jahr 1995 nicht für die Verstärkung des ambulanten Bereiches nutzen, werden wir 1996 einen riesigen Druck in den stationären Bereichen bekommen, dem man so schnell gar nicht folgen kann und der auch unsinnigerweise zu einer Überhöhung des Bedarfs im stationären Bereich führte. Wir müssen im stationären Bereich eher gegenhalten und ausbremsen und sagen: Soweit es denn geht, müssen wir die Finanzierung in andere Bereich hineinverlagern; deshalb auch: Rehabilitation vor Pflege.

Es wird weiterhin Förderung von Aus- und Fortbildung stattfinden, aber es wird weniger Geld für den Neubau von stationären Plätzen zur Verfügung stehen. Es werden etwa 1 500 Lang- und Kurzzeitpflegeplätze und 310 Tagespflegeplätze in Angriff genommen werden können. Darin werden 150 Pflegeplätze für die geriatrische Rehabilitation enthalten sein. Das heißt, daß es sich im nächsten Jahr immer noch um eine erkleckliche Größenordnung mit deutlicher Priorität auf den ambulanten Bereich handeln wird.

Ich sage auch an dieser Stelle: Wir versuchen ein Stückchen mehr Übersicht zu gewinnen, ob denn die Meßlatte, die es bisher für den Pflegebettenbereich gab - nämlich 21 % der 80jährigen und Älteren -, überhaupt zutrifft. Wir sind heute bei etwa 18 % angelangt, und es gibt Anzeichen dafür, daß wir uns sehr vorsichtig weiterbewegen müssen. Deshalb sage ich auch denen noch einmal, die in der Aktuellen Stunde so sehr darauf gesetzt haben, daß schnell neue stationäre Einrichtungen entstehen und Betten dazukommen müßten: Es ist Vorsicht geboten, und man muß noch einmal nachrechnen, ob das überall in diesem Land in diesem Umfang wirklich erforderlich ist.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß ich noch nachtragen, daß die Situation dadurch erschwert wird, daß durch Entscheidung der Bundesregierung die Bundesanstalt für Arbeit deutlich weniger Menschen in Qualifizierungsmaßnahmen der

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
fi-sto

beruflichen Weiterbildung bringt als bisher. Die Mittel des Landes und der EU reichen alles in allem zu etwa 25 000 bis 30 000 Maßnahmen der unterschiedlichsten Art. Dazu gehören Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, jugendliche Arbeitslose, Berufsrückkehrerinnen und schwer vermittelbare Arbeitslose.

Ich habe festzustellen, daß im letzten Monat in Nordrhein-Westfalen 11 245 Menschen weniger in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, die vom Arbeitsamt bezahlt werden, waren als ein Jahr zuvor. Diese Zahl wird weiter sinken. Ich kann nur an alle appellieren, die Einfluß darauf nehmen können - da wäre ein vor uns liegender Stichtag auch von Bedeutung -, darauf zu achten, daß das AFG nicht noch weiter verstümmelt wird. Denn was nutzt es uns, wenn wir eine Erhöhung von 10 bis 20 % in den Landes- und EU-Programmen erreichen, gleichzeitig aber an der Stelle massiv zurückgefahren wird?

Ich spreche nun einige Punkte in der Systematik meiner aufgeschriebenen Stichworte an, die positiv, negativ, zum Teil ambivalent sind, die Sie jedoch wissen sollten. Sie werden feststellen, daß es im Kapitel "Arbeitsmarkt/Bekämpfung Arbeitslosigkeit" keinen eigenen Etatansatz für Arbeitslosenzentren und -treffs gibt. Das hängt damit zusammen, daß wir nach Überprüfung durch den Landesrechnungshof gehalten sind, die Konzeption zu straffen. Es wird die Arbeitslosenzentren aber nach meinem Willen in einer verbesserten Art weiter geben. Das Geld - 2 Millionen DM -, das wir dafür brauchen, ist in dem Ansatz der EU-kofinanzierten Qualifizierungsräume enthalten. Dies sei nur gesagt, damit bewußt wird, daß wir da weitermachen wollen und die Arbeitslosenzentren nicht aufgeben.

Bei der Behindertenpolitik ist ein Minus von 22 Millionen DM bei der Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr zu verzeichnen. Ich spreche das an, weil das natürlich zunächst einmal auffällt. Das ist leicht erklärbar, denn es gibt deutlich gesunkene Erstattungsansprüche, und wir bewegen uns hier quasi in einem gesetzvollziehenden Bereich. Das heißt, daß das, was wir an Anmeldungen haben, deutlich zurückgegangen ist und wir deshalb auch die 22 Millionen DM zurücknehmen können.

Für den Bereich Integration/Zuwanderung hätte ich mir mehr Geld gewünscht. Wir werden aber besonderes Gewicht darauf legen, die Regionalen Ausländerarbeitsstellen zu stärken. Zwei Stellen sind noch hinzugekommen, und wir prüfen, ob wir nicht noch wenigstens eine weitere hinzubekommen können, denn diese bewähren sich vor Ort außerordentlich.

Da liegt ein ganz schwieriges Problem: 70 % der arbeitslosen Jugendlichen sind solche ohne Ausbildung, und die Hälfte davon sind ausländische Jugendliche. Ju-



Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
fi-sto

gendliche Aussiedler und Ausländer stellen ein wesentliches Problem dar. Die Aussiedler, die zu uns kommen, sind zunehmend solche, die zwar einen deutschen Paß haben, aber in Wirklichkeit in ihrer kulturellen und sprachlichen Nähe faktisch eine Ausländerqualifikation und -situation haben. Das ist nicht mehr so wie vor vier oder fünf Jahren. Wir müssen aufpassen, daß wir an dieser Stelle nicht nachlassen. Wir wollen deshalb versuchen, die RAA auszuweiten.

Ein Fragezeichen ist hinter den Haushaltsansatz für die Finanzierungshilfen des Landes an die Kommunen für die Unterbringung der Aussiedler in Übergangsheimen zu machen. Dies war Thema noch vor wenigen Tagen. Man kann nur hoffen, daß die veranschlagten 193 Millionen DM reichen. Diese Zahl geht auf Schätzungen zurück, die wir auf der Grundlage dessen machen konnten, was wir wußten.

Der Ansatz zur Krankenhausförderung liegt bei 1,118 Milliarden DM Barmitteln und 370 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen. Dies ist unverändert ein stolzer Betrag. Die Frage ist, wie schnell die einzelnen Maßnahmen, die jetzt in Gang sind, wirken. Das kann man nicht so ohne weiteres aus der Situation im September 1994 erkennen. Ganz sicher ist aber, daß der Baransatz für zusätzliche Maßnahmen des nächsten Jahres ganz knapp sein wird. Davon muß man ausgehen, es sei denn, es kommen bestimmte Maßnahmen nicht so schnell voran, wie das gewollt und erhofft ist.

Im Haushalt sind 13,9 Millionen DM für den Maßregelvollzug angesetzt. Wir müssen im Jahre 1995 zusätzliche Plätze schaffen. Ich muß hier nicht erläutern, weshalb das dringend erforderlich ist.

Wir müssen aus dem Bereich Aids 680 000 DM in den Soforthilfefonds für die erkrankten Bluter einzahlen. Das ist der Soforthilfefonds, der auf Bundesebene ausgerufen worden ist und an dem sich die Länder nun beteiligen.

Insgesamt ist die Höhe der Mittel für den Bereich Aids relativ stabil geblieben; eine leichte Reduzierung von 8,66 Millionen DM auf 8,4 Millionen DM ist zu verzeichnen. Es ist aber eben zu berücksichtigen, daß wir 680 000 DM in den Soforthilfefonds geben müssen.

Die Bereiche Hospizbewegung und Selbsthilfe, zwei wichtige Themen für den gesamten sozialen Bereich, die ich hier aber nicht überhöhen will, behandeln wir unverändert weiter.

Im Hospizbereich macht sich eine deutliche Bewegung bemerkbar - anders kann man das gar nicht nennen -, denn es gibt inzwischen 91 solcher Vereine vor Ort.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

Die meisten verfügen über Hausbetreuungsdienste und einige von ihnen über stationäre Einrichtungen. Die ganz besonders wichtige Hausbetreuung wird von uns weiterhin über die beiden Alaphstellen in Bonn-Hardtberg und Münster unterstützt. Es gibt Informationspunkte für alle die, die so etwas aufnehmen wollen.

Das ist ein sehr sensibles Thema, aber außerordentlich wichtig. Ich habe kürzlich eine Zahl gelesen: Vor 50 Jahren war es so, daß jeder Neunjährige es schon einmal erlebt hatte, daß ein Mensch gestorben war. Heute liegt das Durchschnittsalter bei 52 Jahren. Wir haben kein Verhältnis mehr zum Tod, und so gehen wir mit dem Thema auch um.

Erfreulicherweise haben wir festzustellen, daß wir die Personalentwicklung im Bereich der Arzneimittelsicherung leicht verbessern können.

Sie werden verstehen, daß ich vor allen Dingen über das gesprochen habe, was mir an dem Etat noch Freude macht; das ist noch eine ganze Menge. Sie werden nun das ansprechen, was weniger schön aussieht. Das ergibt sich aber, wenn man sich noch einmal die Ausgangslage vergegenwärtigt: 1 % insgesamt mehr, 2 % mehr im gesetzessvollziehenden Teil, stärkere Ausgaben im Bereich Kindergarten und Sozialstationen, stärkere Ausgaben im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bedeuten, daß an vielen anderen Stellen größere oder kleinere Reduktionen stattfinden müssen. Ich sage aber als Arbeits- und Sozialminister, daß dies vor dem Hintergrund der Gesamtsituation der öffentlichen Finanzen 1994 nach 1995 alles in allem ein akzeptables Ergebnis ist.

**Abgeordneter Gregull (CDU)** legt Wert darauf, daß in der Politik Ehrlichkeit an erster Stelle stehe. Ob das bei dem Haushaltsplanentwurf der Landesregierung der Fall sei, bezweifle er, wenn behauptet werde, der Haushalt steige lediglich um 1 %; denn bei den Ausgaben im Zusammenhang mit dem Fonds Deutsche Einheit bleibe unberücksichtigt, daß das Land dafür einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer erhalte. Es sei wenig logisch, auf der einen Seite von einem Anstieg um 1 % zu reden und auf der anderen Seite das Äquivalent, das man bekommen habe, außen vor zu lassen, um dann zu argumentieren, es handele sich um einen Haushalt der Sparsamkeit. Nach seinem Eindruck werde der Haushalt diesem Anspruch nicht gerecht.

Der Minister habe richtigerweise die Arbeitsmarktpolitik als vordringliche Aufgabe herausgestellt, dabei allerdings nicht zu erkennen gegeben, daß ein Großteil der dafür zur Verfügung gestellten Mittel aus der EU-Kasse stamme. Der Anteil, den das Land dafür leiste, mache nicht einmal 1 % des Haushalts aus.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

Für eine verstärkte Förderung der Sozialstationen, die der Minister verkündet habe, trete auch die CDU-Fraktion ein. Wenn man sich dann aber die Zahlen anschauere, komme man zu dem Ergebnis, daß diese verstärkte Förderung im Haushaltsentwurf ganze 1 000 DM ausmache. Von daher würden auch in diesem Bereich die Aussagen des Ministers sehr relativiert. Es deuteten sich sicherlich Entlastungen durch die Pflegeversicherung an; gleichwohl bedürfe diese wichtige Aufgabe weiterhin der Förderung durch das Land.

Minister Müntefering habe unterstrichen, er wolle die häusliche Pflege im Sinne der Zielsetzung der Pflegeversicherung vorantreiben. Vor diesem Hintergrund sei es aber nicht verständlich, wenn bei der Tages- und Kurzzeitpflege Reduzierungen in Millionenhöhe angesetzt würden. Die teilstationären Angebote seien unverzichtbar, wenn man bei der häuslichen Pflege vorankommen wolle.

Sicherlich könne über eine Kürzung bei den stationären Einrichtungen nachgedacht werden. Aber die bisher angemeldeten Projekte dürften davon nicht betroffen sein; denn deren Bedarfsfrage sei, wie man immer wieder gehört habe, geklärt. Außerdem könnten viele Menschen, die zwingend auf stationäre Pflege angewiesen seien, wegen der großen Engpässe in diesem Bereich nicht adäquat untergebracht werden.

Das Thema Stiftung Wohlfahrtspflege bereite schon seit Jahren im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan Probleme. Das Spielbankgesetz habe ursprünglich die Zielsetzung verfolgt, die einkommenden Mittel für Investitionen im Bereich der Behinderten- und Altenhilfe einzusetzen. Der dafür bereitgestellte Teil aber sei im Laufe der Zeit immer weiter gekappt worden. Im letzten Jahr noch sei der Anteil der Spielbank Hohensyburg, der der Stiftung Wohlfahrtspflege zufließe, gedeckelt worden. Und für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf müsse festgestellt werden, daß nur noch 10 Millionen DM Barmittel zur Verfügung ständen; das sei nun wirklich ein lächerlich geringer Betrag. 40 Millionen DM würden als VE ausgewiesen. Der Bewilligungsrahmen für 1995 bewege sich damit zwar bei 50 Millionen DM, allerdings habe er die Sorge, daß dies ein weiterer Schritt sei, die Mittel aus dem Spielbankgesetz in Gänze dem allgemeinen Haushalt zuzuführen.

Zum Schluß wolle er noch die Frage stellen, ob die Personaleinsparungen, die im Haushaltsplanentwurf 1995 ausgewiesen seien, den Umfang hätten, der im letzten Jahr angekündigt worden sei.

**Abgeordneter Kreutz (GRÜNE)** führt aus, er gehe davon aus, daß Minister Müntefering zu den Kabinettsmitgliedern gehöre, die sich am entschiedensten darum bemühen, Einsparungen in ihrem Ressort nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. im

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

Hinblick auf die sozialpolitischen Bedarfslagen sogar eine Ausweitung durchzusetzen. Deshalb interessiere ihn, für welche Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung und Ausgabereduzierung sich der Minister außerhalb seines Haushaltsplans in den vorbereitenden Kabinettsberatungen eingesetzt habe. Seit fünf Jahren liege bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen der GRÜNEN-Fraktion auf dem Tisch, an welchen Punkten man ansetzen könnte, um dem Problem der immer gravierender werdenden Mittelknappheit gerade auch in der Sozialpolitik zu begegnen.

**Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** stimmt Abgeordnetem Gregull in dessen Ausführungen weitgehend zu, insbesondere was den Fonds Deutsche Einheit angehe. Damit im Zusammenhang stehe eine Lasten Neuverteilung im vereinten Deutschland. Wenn das Wort vom Teilen und Sparen einen Sinn haben solle, müsse man an verschiedene Haushaltspositionen mit einem anderen Blick herangehen. Das hätte man auch in diesem Haushaltsplan tun können; denn es gebe immer noch ein ganzes Sammelsurium, bei dem man mit kleinsten Förderbeträgen mehr Verwaltungskosten produziere, als unten ankomme. Vor Ort würden des öfteren Maßnahmen gefeiert, in die aus Düsseldorf einige tausend DM eingeflossen seien, bei denen man aber das Gefühl habe, daß das nicht unbedingt hätte sein müssen.

Abgesehen von einigen Lieblingskindern, die beständig Jahr für Jahr gefördert würden, obwohl die zu verteilende Finanzmasse immer geringer werde, gebe es größere Posten, die im Zusammenhang mit den Haushaltsplanberatungen thematisiert werden müßten. Das gelte beispielsweise für die Frage der Bekämpfung von Aids. Die 680 000 DM Kostenerstattung für die Soforthilfe seien völlig in Ordnung. Es müsse aber gesehen werden, daß im Saldo gegenüber dem, was im letzten Jahr verteilt worden sei, 900 000 DM gleich 11 % fehlten. Hier müsse man sich fragen, ob die Gewichte richtig gesetzt seien, ob es nicht andere Haushaltsstellen gebe, bei denen man sinnvoller etwas einsparen könnte. Es gehe eben nicht nur darum, an der einen oder anderen Stelle einzusparen, sondern auch darum, Zeichen zu setzen.

Auch was die Arbeitsmarktpolitik angehe, müßten die Aussagen des Ministers über die Wichtigkeit dieses Politikfeldes für die Landesregierung doch etwas relativiert werden. Nicht immer sagten die Größe der Schlagzeilen und die Häufigkeit der Pressemeldungen etwas über die tatsächlich vom Land bereitgestellte Summe und über die Effektivität solcher Maßnahmen aus.

**Minister Müntefering** betont, daß er die Kosten, die im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und dem Aufbau in Ostdeutschland entstünden, nicht bedauere, sondern daß er die Einigung für eine große Chance halte, die sich auch auszahlen

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

werde. Faktum aber sei, daß in diesem und im nächsten Jahr die genannten Mittel eingesetzt werden müßten, daß sich die aufzuwendenden Mittel in den folgenden Jahren noch verstärkten und daß man dies wissen müsse, was die kurzfristige Verfügbarkeit von Mitteln angehe. Dieses Geld könne nicht für Dinge ausgegeben werden, die man im Lande gern erledigen würde. Das eine Prozent, von dem er gesprochen habe, bedeute 1 % mehr für den Einzelplan 07, die deutsche Einheit und der Länderfinanzausgleich vorweggedacht.

Es sei nicht so, daß der größte Teil der Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus der EU stamme. Dies seien lediglich etwas mehr als 30 %. Bei den EU-kofinanzierten Programmen stelle das Land einen 55%igen Anteil bereit. Daneben gebe es die landeseigenen Programme. Das Land verstärke seinen und damit auch den EU-Anteil, wohl wissend, daß das hinter dem Wünschbaren zurückbleibe. Es gebe auch keine Dispositionskanäle, weil man bereits ein Stückweit festgelegt sei und die Sache dadurch erschwert werde, daß die Unterstützung des Bundes bezüglich AFG nicht mehr rühmenswert sei.

Er habe nicht gesagt, daß die Mittel für Sozialstationen erhöht würden, sondern ausgeführt, daß man das Programm zur Verbesserung der Ausstattung der Sozialstationen weiterfahren werde. Die Zahl der Sozialstationen nehme Jahr für Jahr zu, und damit werde auch die Versorgungssituation stetig verbessert. Das werde man im Gegensatz zu vielen anderen Ländern über den 1. April des nächsten Jahres hinaus weiterführen.

Die Anträge zur Errichtung von stationären Plätzen hätten immer auch eine Gegenkontrolle in der jeweiligen Stadt oder im jeweiligen Kreis, allerdings auf der Grundlage von Kriterien, die bisher gegolten hätten. Diese wolle er nicht ganz in Zweifel ziehen, er empfehle aber, sie sich noch einmal genauer anzuschauen. Im Gesundheitswesen sei es nicht anders als ansonsten am Markt. Es würden Produkte hergestellt, die man dann auch zu verkaufen und in diesem Falle zu belegen versuche. Er sei überzeugt davon, daß es in Pflegeeinrichtungen Menschen gebe, die genausogut zu Hause sein könnten. All diese Überlegungen führten zu der Frage, ob man zukünftig die Pflegeheime als Einrichtungen zu verstehen habe, in denen nur noch Schwer- und Schwerstpflegebedürftige untergebracht seien. Über das, was man an dieser Stelle wolle, müsse man eine ehrliche Diskussion führen. Unabhängig davon seien sich wohl alle in diesem Kreise darüber einig, daß es für die Menschen besser sei und daß es auch volkswirtschaftlich günstiger sei, wenn alles dafür getan werde, daß die Menschen zu Hause blieben, solange dies möglich sei. Und das wiederum könnte zu der Annahme führen, daß die Kriterien, nach denen bisher die Anzahl der Pflegeplätze errechnet worden seien, nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit seien.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

Eine Rolle in diesem Zusammenhang spiele auch die geriatrische Rehabilitation. Man finde sich zu schnell damit ab, daß alte Menschen, die ein Leiden hätten, pflegebedürftig und nicht mehr rehabilitationsfähig seien. Die Tatsache, daß in Nachbarstaaten weniger alte Menschen pflegebedürftig seien, müsse zum Nachdenken veranlassen.

Dadurch, daß bei der Wohlfahrtspflege die Bewilligung von Anträgen nicht so schnell habe ausgesprochen werden können, wie es wünschenswert sei, gebe es einen Sockel von verfügbaren Mitteln für das Jahr 1995, was dazu führe, daß zusammen mit den angesetzten 10 Millionen DM genauso viel bewilligt werden könne wie im laufenden Jahr. Auch im Haushalt 1996 würden wiederum 50 Millionen DM zur Verfügung stehen, nämlich die Verpflichtungsermächtigungen aus dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf plus 10 Millionen DM Barmittel. Dem Finanzminister werde nichts geschenkt, wohl aber müsse eine realistische Beurteilung zugrunde gelegt werden.

Was den Personalabbau angehe, falle man nicht hinter das zurück, was man angekündigt habe; allerdings sei für 1995 auch nur wenig zugesagt gewesen. Die kw-Vermerke beim Arbeitsschutz und vor allen Dingen bei der Versorgungsverwaltung würden auf der Reststrecke dieses Jahrzehnts verwirklicht; ihre Wirkung beginne im wesentlichen aber erst 1996. Bekanntlich sei die Sache sehr von der Fluktuation abhängig. Die Situation sei etwas erschwert worden, weil man zusätzlich noch die Auflage bekommen habe, 2 % im Hause und bei den nachgeordneten Behörden abzubauen.

An Abgeordneten Kreutz gerichtet, stellt der Minister fest: Das, was das Kabinett beschlossen habe, trage er mit. Wer glaube, ideal wäre es, 1995 aus humanitären Gesichtspunkten heraus den verbleibenden Rest in die Sozialpolitik zu stopfen, irre sich; denn es müsse dafür gesorgt werden, daß auch bei den Investitionen und bei allem anderen, was man zu erledigen habe, hinreichend viel passiere. Dazu gehöre auch, daß man Straßen instandhalte. Die Vorstellung, ein guter Arbeits- und Sozialminister sei der, der alle anderen stets kleinmache, sei falsch.

Abgeordneter Lanfermann habe davon gesprochen, daß es noch kleinere Dinge gebe, die man eigentlich hätte wegradieren können; allerdings habe er keinen Beispielsfall genannt. Und hier liege das Problem: daß man solche Dinge anspreche, ohne konkret zu werden.

Angesprochen habe er die Mittel, die zur Bekämpfung von Aids bereitgestellt würden. Die Kürzungen in diesem Bereich täten auch ihm weh. Allerdings wolle er darauf hinweisen, daß Minister Seehofer den Sozialfonds ausgerufen und den Län-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

dem anschließend geschrieben habe, sie sollten sich an der Finanzierung beteiligen. Er, Müntefering, sei einer der letzten gewesen, der sich an dieser Stelle bewegt habe, weil die Sache für ihn viele Fragen offenlasse, beispielsweise die Frage, aus welchen Gründen der Staat in dieser Hinsicht in Anspruch genommen werde, dann die Frage, wieso die Sache bei denen greife, die krank seien, und nicht bei denen, die infiziert seien, und schließlich die Frage, warum nur aidskranke Bluter und nicht auch andere Aidskranke davon profitierten. Die Abgrenzung, die hier stattfinde, sei relativ willkürlich und ziemlich problematisch.

**Abgeordneter Lanfermann (F.D.P.)** bemerkt, er habe lediglich zu problematisieren versucht, daß über die 680 000 DM hinaus, die an Bonn gezahlt würden, weitere 240 000 DM gegenüber dem Vorjahr fehlten.

**Abgeordneter Kuschke (SPD)** bringt zum Ausdruck, daß man in der SPD-Fraktion für den Haushalt 1995 befürchtet habe, daß er im Einzelplan 07 schwerwiegende Konsequenzen mit sich bringen würde, daß es Bereiche geben würde, die nicht mehr zu halten seien. Unbestritten sei, daß das Jahr 1995 das schwierigste im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit werde.

Vor diesem Hintergrund müsse festgestellt werden, daß es dennoch in einem Kraftakt gelungen sei, die Eckpfeiler der Bereiche Arbeit, Gesundheit und Soziales zu halten. Es gebe keinen Bereich, von dem behauptet werden könnte, hier breche etwas zusammen.

Aufgabe des Parlaments im Rahmen der Haushaltsberatungen werde es nunmehr sein, die Frage zu beantworten, ob hier und da etwas verstärkt werden müsse. Dabei gingen die Gewichtungen der einzelnen Fraktionen sicherlich auseinander. Man werde die Wünsche der anderen Fraktionen daran messen, welche Deckungsvorschläge gemacht würden. In diesem Zusammenhang wolle er an die Tradition der GRÜNEN-Fraktion erinnern, die Deckung in ganz anderen Bereichen als im Einzelplan 07 anzubieten. Die CDU-Fraktion beschränke sich stets darauf, fiktive Einsparungen im Bereich Asylbewerber vorzuschlagen, verbunden mit der Hoffnung, die Menschen im Lande bekämen es nicht mit, daß Herr Schauerte ganz anderer Meinung sei, wenn er seine an Churchill angelehnten finanzpolitischen Reden halte. Insoweit, daß man sich über manche Dinge zu unterhalten habe, gebe er Abgeordnetem Lanfermann recht.

Zu der Stiftung Wohlfahrtspflege verweist der Abgeordnete auf die anstehende Klausurtagung des Stiftungsrates. Er schlage vor, diese Klausurtagung abzuwarten,

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und  
Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge  
72. Sitzung

14.09.1994  
sr-sto

bis in diesem Ausschuß über die Angelegenheiten der Stiftung erneut beraten werde.

gez. Champignon  
Vorsitzender

14.10.1994/18.10.1994

210